

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

219 (20.9.1922)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 95 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 95 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 88 M monatlich. Einzelheft 4.- M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kurlenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonnenzeile 10.- M, auswärts 12.- M. Die Reklamezeile 40.- M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

# Sozialdemokratischer Parteitag

Karlsruhe, 19. Sept. 1922.

### Zweiter Verhandlungstag

Vorsitzender Wels eröffnet die Verhandlungen um 9 Uhr. Die Diskussion wird fortgesetzt.

Georg-Dresden begründet den Antrag auf Einsetzung eines Volkswirtschaftlichen Ausschusses und verlangt, daß die Pensionisten der Parteiangehörigen mit der Pensionistenliste des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vereinigt werde.

Frau Hofmann-Halberstadt tritt dafür ein, daß in den Verträgen, wo es irgend möglich ist, Bezirkssekretarinnen für die Frauen angestellt werden.

Sobann kommt zum Wort der Reichswirtschaftsministerin Genossin Robert Schmidt:

Im Laufe der gestrigen Debatte ist von einem Schlagwort der Sozialisierung und von einem Schlagwort der Erfassung der Sachwerte gesprochen worden. Ich habe allen Anlaß, gegen diese Darstellung meiner Ansicht nach sehr wichtigen Aufgaben der Partei entschieden Einspruch zu erheben. (Sehr richtig!)

Es darf nicht eine solche Stigmatisierung lange geheimer grundsätzlicher Auffassungen hinausgehen. Die Frage der Sozialisierung, die Frage der Erfassung der Sachwerte wird zu einem Schlagwort nur für diejenigen, die in die tiefsten Vorgänge unserer Wirtschaftslebens keinen Einblick hat und sich auch in die grundsätzlichen Auffassungen des Sozialismus nicht vertieft hat. Was verstehen wir unter Sozialismus? Nichts anderes als die Befreiung des kapitalistischen Systems und aller damit verbundenen Übeln. Die Befreiung der kapitalistischen Produktionsweise ist ja die Grundbedingung des Sozialismus. Wenn ein Arbeiter in seinen Händen die Botschaft der Demokratie schließt, so ist das nur ein anderer Teil unserer politischen Forderungen, der aber nicht erschoßend ist für den Sozialismus. Denn wenn wir uns nur begnügen wollen mit der Demokratie, dann brauchen wir nicht Sozialdemokraten zu sein. (Sehr gut!)

Die Demokratie finden wir auch bei den linksstehenden bürgerlichen Parteien. Die Enteignung des Kapitalismus können wir nicht in der gegenwärtigen Zeit durchführen. Aber sie bleibt unsere Forderung, bleibt unser Ziel. Es ist das Ziel der Menschheit, die Arbeiterklasse, aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien, wenn wir nicht das Weltübel beseitigen, das System der kapitalistischen Produktionsweise. Wir können es nur dann beseitigen, wenn gewisse Voraussetzungen vorhanden sind, wirtschaftliche und politische. Das Letztere ist es, was unsere Parteigenossen so oft übersehen. (Sehr richtig!) Sie stellen an die heute verantwortlichen Personen in der Regierung die Aufgabe, wo es ihnen nur die Erfüllung unserer Forderungen! Aber diese Erfüllung kann nicht möglich sein in einem sozialistischen Ministerium, wo eben die Vertreter des kapitalistischen Systems die Majorität haben. Es ist uns gerade gegenwärtig außerordentlich hart zum Bewußtsein gekommen, wie notwendig eine Änderung des kapitalistischen Systems ist. Wenn uns das als unsere Hauptaufgabe nicht gelingen sollte, dann können wir mit unserer sozialistischen Auffassung einpassen. (Sehr gut.)

Die Erfassung der Sachwerte bedeutet einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Sozialisierung. Gerade die gegenwärtige Zeit zeigt uns, daß die Sachwerte nicht enteignet werden sind. Der Grund und Boden ist nicht enteignet. Er hat mit dem Laufe der Entwicklung der Welt nichts zu tun. Es ist nicht entwerter der Besitz an großen Fabrikanlagen, an großen Maschinenanlagen. Der Kapitalismus und alle seine Erfindungen sind keine wirtschaftliche Struktur, die für alle Zeit unantastbar sind. Es würde sehr verlockend sein, zu prüfen, welche Erfahrungen auf diesem Gebiete der russische Kommunismus gemacht hat. Gegenüber den phantastischen Ideen des russischen Kommunismus sind wir durchaus auf dem Boden dessen geblieben, was zu erreichen ist. Die großen Unternehmungen, die zum Teil von Staat und Gemeinde mit unserer Hilfe geleitet werden, arbeiten viel billiger als sie unter kapitalistischer Verwaltung arbeiten würden.

Was unsere Stellung zu den Bauern betrifft, so muß ich sagen, daß wir der Landwirtschaft reichlich viel gegeben haben. (Rebhafter Zustimmung.) Die Landwirtschaft fällt lange nicht die volle Entwertung der Welt. (Sehr richtig.) Ein großer Teil der Produktionskosten der Landwirtschaft ist ja nicht in der Weise gestiegen, wie die Kosten in anderen Unternehmungen. Die Landwirte sind heute zu einem guten Teil entschuldet. (Sehr richtig!)

Sie haben auch in ihrem eigenen Haushalt nicht die großen Kosten wie wir aufzuwenden. Wir leben heute einen Lebensfluß gerade im landwirtschaftlichen Besitz. (Zustimmung.) Wenn wir von den Arbeitern fordern, daß sie mit einem 70-80-prozentigen Einkommen auslangen müssen, dann ist es keine unbillige Forderung, wenn wir sagen, daß auch die Landwirte im Interesse der Allgemeinheit sich in der Zeit der entsetzlichen Not, in der wir leben, einschränken. Es gibt auch sehr viele einsichtige Leute, in der Landwirtschaft. (Sehr richtig!) Die meisten sind als durchaus ungeschult betrachtet. (Sehr wahr!) Wenn wir in die Landwirtschaft hineingehen, dann werden wir durchaus nichts von unserer Wertlosigkeit einbüßen, wenn wir billigerweise von den Landwirten verlangen: Ihr müßt auch eure Ansprüche etwas zurückstellen, und ihr könnt nicht reflexlos den freien Markt in der Preisbildung ausüben. Denn der gegenwärtige Zustand ist ja noch immer ein Ausnahmezustand und wir haben noch immer keine normale Wirtschaft. Wenn wir uns auf dem Lande vor allem der Bauarbeiter annähmen, so können wir da auf Verständnis für den Sozialismus rechnen. Und wenn wir uns sehr eindringlich mit der Siedlungsfrage beschäftigen, die auch ein Stück Bauernfrage ist (Sehr richtig!), so liegt auch darin Wertepunkt für den Sozialismus. Wir brauchen unsere Agitationsmittel auf dem Lande nicht zu unterschätzen. (Rebhafter Beifall.)

Kranold-Hannover: Es gibt leider auch bei uns noch Leute, die an den Segen der freien Wirtschaft glauben. Wir müssen in wirtschaftspolitischen Dingen am Marxismus festhalten, was festzuhalten ist. Diejenigen, die die Verteilungen auf eine Regulierung des Reiches, die in Wahrheit eine Aufteilung Preußens bedeutet, unterstützen, erkennen ganz, daß es in Deutschland nur ein Gegengewicht gegen die reaktionären Bestrebungen Südbayerns gibt, das ist der preussische Staat. (Sehr richtig!)

Georg-Dresden: Im Kampfe gegen die freie Wirtschaft ist von der Partei zu wenig gesprochen. Auch in der Frage der Sozialisierung hat die Partei einen Sieg errungen, daß man sich schämen muß. Wir haben vor Jahren schon die Sozialisierung des Bergbaues gefordert und heute müssen wir hören, daß dies zurzeit nicht möglich ist. Das Durchwachen in der Aufstellung in der Partei ist ein Spiegelbild des Geistes, das unsere ganze deutsche Politik kennzeichnet. Genossin Robert Schmidt wünscht nach weit stärkere Propaganda für unser Frauenblatt „Die Gleichheit“. Die Parteipresse muß mehr als bisher für die „Gleichheit“ Propaganda machen.

Klein-Jena: Der Ausgang der Wahlen in Thüringen, bei denen die Bürgerlichen in bestimmten Landkreisen, aber nicht in allen, Erfolge zu verzeichnen haben, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich in Thüringen die Massenbewegung in aller Form von der gelindesten bis zur schärfsten abgelebt haben. Das hat die Sache der Reaktion ebenso gefehlt wie die Politik der Kommunisten, die alles Teil in der Bekämpfung unserer kampfkräftigen Arbeit für das arbeitende Volk in Thüringen sahen.

Georg-Dresden: Ich bin der Meinung, daß die Rechte in der preussischen Politik der letzten Wochen zeigen, daß diese Erweiterung nicht im Interesse der Provinzen, geschweige des Staates liegt, sondern daß diese Erweiterung mandamental den Reaktionen ein bequemes Mittel ist, lokale Intrigen zu spinnen. (Zustimmung.) Unsere rheinischen Genossen wissen davon ein Lied zu singen. Dasselbe, was ich über die Verwaltungsreform sagte, gilt auch bezüglich der Schulpolitik. Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Parteigenossen über die Demokratisierung der Verwaltung und den Ausbau der Republik weniger reden, sondern mehr handeln sollten, wo es notwendig ist. (Rebhafter Beifall.)

Kleinmann-Hamburg: Die Sozialdemokratie hat bisher die Bedeutung der Gesellschaft unterschätzt. Selbst in Hochburgen der Sozialdemokratie haben die Elternvereine für uns beschämende Resultate gehabt. Die große Langwierigkeit mit unserer Schulpolitik kann nur durch Neuordnung des Kampfes für die weltliche Gemeindefiskule behoben werden.

Schubert-Forsberg: Bei der Neugliederung des Reiches sollte auch die Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg in der Verfassung der Einrichtungen gegeben werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der beiden Länder scheinen geradezu nach einem Groß-Schwarzwald. (Beifall.)

Eduard Bernstein-Berlin: Ein Genosse hat gemeint, daß das Schlagwort der Steigerung der Produktion von Stinnes und seinen Anhängern ausgeht. Ich möchte darauf hinweisen, aus dem Stinnes einen Sündenbock zu machen. Ich verkenne durchaus nicht den großen Einfluß des Herrn Stinnes, aber wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, eine Verantwortlichkeit auf ihm zu machen, von der alles zu befrachten wäre. Diejenige, die Stinnes gerühmt und gesehen haben, sind von dem Glauben, daß er ein Lebermensch sei, erfüllt.

Die Steigerung der Produktion ist eine Frage der unmittelbaren Gegenwart und von großer Wichtigkeit für das ganze Volk und nicht zuletzt für die Arbeiterklasse. (Sehr richtig!)

Da handelt es sich darum, die Arbeiterschaft von bestimmten Schlagworten freizubehalten, die das wirtschaftliche Denken und soziale Empfinden der Arbeiter in falsche Bahnen lenken. Wenn sich die Gesellschaft so entwickelt hätte, wie es das Erfurter Programm in seinen ersten Sätzen ausspricht, dann hätten wir eine große Zahl von Schwierigkeiten, die uns jetzt entgegenstehen, nicht. Dann mühten wir die Frage wie wir die Kleinbauern behandeln sollen, nicht erörtern (Zustimmung), weil es dann keine Kleinbauern mehr gäbe. Die Sozialisierung ist eine Summe von Maßnahmen, die Schritt für Schritt die Macht des Kapitals gegenüber den Arbeitern, wie gegenüber der Gesellschaft, einbüßen. Die Tatsache, daß es nicht so schnell geht, wie wir es wünschen, braucht uns nicht pessimistisch zu stimmen. (Zustimmung.) Das Schicksal gegen den Kapitalismus ist die Erkenntnis von der Größe der Aufgaben der Partei. Ich bin der Überzeugung, daß die Partei in den wesentlichen Punkten immer auf dem rechten Weg war. (Rebhafter Beifall.)

Friedrich Bartels (Schlußwort): Ich würde einem Mindestbeitrag von 8 M gerne zustimmen. Der Zweck unseres Mindestbeitrages ist aber überall, auch in den wirtschaftlich schwächsten Gegenden, die Gründung und Aufrechterhaltung von Parteioptionen zu ermöglichen. Dort, wo Mindestbeitrag sein kann der Beitrag auch weit höher als der, wo es nicht möglich ist. Die Mitglieder des Parteivorstandes beziehen Gehälter, die ihren Leistungen so wenig entsprechen, daß mit Recht von einem Opfer gesprochen werden kann, das sie für die Partei bringen. Auch der Parteivorstand ist von der Notwendigkeit der Anstellungen von Sekretarinnen für die Frauen überzeugt. Alle Bereiche mit Sekretarinnen zu besetzen, ist zurzeit nicht möglich. Wo es gemacht werden kann, wird sich der Parteivorstand nicht ablehnen verhalten.

Über die Sachwertfrage hat Robert Schmidt schon so Ausgesprochenes gesagt, das nur ergänzt werden soll durch den Hinweis auf die Sachwertfrage. Die Sachwertfrage ist die Finanzverwaltung, die noch immer rein kapitalistisch empfunden. Sehr wertvoll sind alle Anregungen für Demokratisierung der Verwaltung, auch die von den Genossen Kranold und Gortzahn. Schade, daß Gortzahn die Vorlagen, die jedermann zugänglich

sind, nicht früher gefasst hat. Bernstein bedauere ich, daß er an den wunderbaren Arbeiterjugendtagen unserer Partei in Weimar und Wiesfeld nicht teilgenommen hat. Ich bedauere auch, daß er sich nicht informiert hat über das Verhalten der in anderen Arbeiterorganisationen vereinigten Jugend, die er in unseren Reihen findet.

In der Abstimmung werden angenommen die Anträge, die zur Prüfung der Frage der Neugliederung des Reiches die Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern verlangt. Ferner Anträge auf Behördliche und gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Bewunderung des konsumierenden Volkes und Anträge, die praktische Maßnahmen zur Bekämpfung des Alkoholismus verlangen. Eine Reihe von Schulanträgen werden erledigt durch die Annahme des Antrages Wegscheider, der die Reichstagsfraktion verpflichtet, auf die schließliche Beauftragung eines Komitees für die Schaffung weltlicher Schulen mit allen Kräften zu dringen und für die Neuordnung der Lehrerbildung zu wirksamer Arbeit und möglichst insbesondere die Vorbereitung einer Schulfrage für Arbeiterbewegung zur gründlichen Ausbildung der Funktionäre der Arbeiterbewegung. Mit großer Mehrheit wird auch ein Antrag angenommen, der den Parteimitgliedern die aktive Unterstützung der Konsum- und Produktionsgenossenschaften zur Pflicht macht.

Weitere Beschlüsse wenden sich gegen Ausschüsse einzelner Genossen, die geeignet sind, den Achtstundentag zu gefährden, und gegen die Mitarbeit an reaktionären Zeitungen. Von der Reichstagsfraktion und den Fraktionen der Parlamente der Einzelstaaten wird erwartet, daß sie jedes parlamentarische Mittel benützen, um die Schulpolizei zu einem zuverlässigen Instrument der Republik zu machen. Zur Neugestaltung des gesamten Schulwesens fordert der Parteitag die Fraktionen auf, für die Einräumung weitestgehender Rechte an Elternbeiräte einzutreten. Der Parteivorstand wird ersucht, zu prüfen, wie eine organisatorische Zusammenfassung der sozialdemokratischen Elternbeiräte möglich ist. Zur Beiratsfrage wird beschlossen, daß der Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiauschuß das Recht hat, dem jeweiligen Geldwert entsprechend den Beitrag festzusetzen. Schließlich werden noch Anträge angenommen, die den Ausbau des wirtschaftlichen Teils der Parteipresse, des Gesamtantrags der „Neuen Zeit“ und die Einleitung einer umfassenden Aktion unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung verlangt.

Eine große Zahl von Anträgen wird dem Parteivorstand überwiehen, u. a. ein Antrag, auf Schaffung einer Zentralfstelle zur Feststellung geeigneter Bewerber für Staats- und Gemeindefunktionen; ferner Anträge auf Herausgabe von Richtlinien für das Vorgehen der Parteifunktionen auf wirtschaftlichem Gebiet, auf Herausgabe theoretischer Schriften des Sozialismus in Festschriftform, auf Berücksichtigung der bestehenden Pensionen- und Unterhaltungsfragen der Partei, des DGB, und der Konsumvereine, auf Umgestaltung der Nachrichten für Parteifunktionäre, Ausbau der „Kommunen Praxis“, gegen das Berechtigungsverwehen und für die Befreiung der Prüfungen an Schulen, und für die Demokratisierung der Gesundheitsverwaltung in Reich, Ländern und Kommunen.

Abgelehnt werden u. a. Anträge, die die Erwerbung oder Errichtung einer eigenen Papierfabrik verlangen, die sich gegen Doppelmandate wenden, und die für die „Gleichheit“ die Wieder-einführung der Kulturbeilage mit Schnittmusterbogen wünschen. Weiter lehnt der Parteitag es ab, sich gegen die Forderung der „Neuen Zeit“ in der Einigungsfrage auszusprechen und verwirft alle Anträge, die sich mit der Mitgliedschaft in Kriegsgewerkschaften beschäftigen.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

### Nachmittags-Sitzung

Vorsitzender Wels eröffnet die Sitzung gegen 3 1/2 Uhr und erteilt dem Genossen Vogel-Nürnberg das Wort zum Bericht der Reichstagsfraktion:

Wir sind nicht immer voll befriedigt von unserer Tätigkeit als Reichstagsabgeordnete und dem Erfolg sozialdemokratischer Parlamentsarbeit. Es liegt das einmal an der Zusammenfassung des Reichstages, die aber nicht auf das Schicksal der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auf das jener Wählermassen geteilt werden muß, die 1920 auf den deutschnational-vollparteilichen Wahlschwundel hineingefallen sind. Es ist deshalb überaus wichtig, die Wählermassen immer wieder auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag und die daraus resultierenden nachteiligen Folgen aufzuklären.

Unsere Gesetzgebung leidet unrettbar an der durch die Verhältnisse bedingten Nachsicht und geringen Sorgfältigkeit. Es liegt das an der Plünderung und schnellen Veränderung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Seit Oktober 1921 haben nicht weniger als 74 Regierungsvorlagen und 34 Initiativanträge in Gesetzesform den Reichstag passiert. Bei aller noch so berechtigter Kritik darf nicht übersehen werden, daß uns in der inneren wie äußeren Politik eine gewisse Marschrichtung vorgezeichnet ist, die wir einhalten müssen, wenn es nicht zu einem Bruch mit der Entente kommen soll. Wir sind für Erfüllungspflicht in der Erwartung, daß endlich auch einmal in den Ententeländern das Unverhältnißliche schwindet. Bei England, Italien und bis zu einem gewissen Grade bei Belgien hat die Kapitalmehrpresse an Schärfe verloren. Ganz besonders in England. Englands Wirtschaft ist nur dann gebiert, wenn eine Stabilisierung der deutschen Wälua erreicht wird, weil nur dann für einen geregelten Wirtschaftsverkehr die Grundlagen gegeben sind. Frankreich ist anders eingestellt. Es ist von der Weltmarktseite nur verhältnismäßig schwach getroffen und leidet

nicht besonders stark unter den Vorkriegsbedingungen. Frankreich ist in erster Linie interessiert an der inneren Ordnung der deutschen Finanzen, da nur diese die laufenden Zahlungen verbürgen. Soweit sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika aktiv an den europäischen Problemen beteiligen, wird das voraussichtlich nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die europäischen Länder ihre unproduktiven Ausgaben nennenswert für militärische Zwecke einschränken. Hierin ergibt sich eine besondere Übereinstimmung mit dem englisch-französischen Heeresabkommen. Die Vereinigten Staaten sind für militärische Zwecke einverstanden. Hierin ergibt sich eine besondere Übereinstimmung mit dem englisch-französischen Heeresabkommen. Die Vereinigten Staaten sind für militärische Zwecke einverstanden. Hierin ergibt sich eine besondere Übereinstimmung mit dem englisch-französischen Heeresabkommen.

Deutschland leidet heute noch unter einer ungemein harten Entwertung seines Geldes, und damit in Verbindung steht eine ziemlich parallel gehende Ausgabensteigerung des Staats, der auch durch noch so harte Anziehung der Steuerfäden nicht begrenzt werden kann. Deshalb betrug schon beim Abschluß des Reichshaushalts für 1922 der Geldbedarf mehr als 233 Milliarden, der bei der raschen Entwertung der Mark inzwischen weiter stark gestiegen ist. Eine dieser Geldentwertungen entsprechende Einkommenssteigerung ist aber nur bei einem verschwindenden Teil der Bevölkerung vorhanden. Die Schichten, die auf feste Löhne und Gehaltsbezüge angewiesen sind, leben schlechter als je zuvor.

Die Stellungnahme der Fraktion bei der Verabschiedung der Steuererlässe scheint die Willigung der Genossen im Lande gefunden zu haben. Freude an dem abgeschlossenen Steuerkompromiß haben auch wir nicht. Unter normalen Verhältnissen hätten wir nach Abschaffung unserer Forderungen auf Erlassung der Sachverträge es auf einen Appell an das Volk ankommen lassen können. Ob freilich Neuwahlen eine wesentlich andere Zusammenfassung des Reichstages erkräftigen könnten, darf zweifelhaft erscheinen. Daß wir mit dem Kompromiß eine Reihe von Verbotsmaßnahmen in Kauf nehmen mußten, ist unangenehm, aber auf Verbotsmaßnahmen hätte man auch dem zurückgreifen müssen, wenn es uns möglich gewesen wäre, die Erlassung der Sachverträge durchzuführen.

Wie wenig der Vorwurf der Kommunisten, daß wir Sozialisten getrieben, berechtigt ist, ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Preise für das Anlagengebäude und dem des freien Marktes. Unter der feineren feigsten Preise für Anlagengebäude herunterzugehen, hätte bedeutet, daß wir erst recht auf die Einfuhr von Anlagengebäuden angewiesen wären, und was das bei dem schlechten Stande unserer Mark bedeutet, braucht nicht näher auseinandergesetzt werden.

Es hört sich gewiß recht schön an, wenn die hohen Verdienste der Landwirtschaft immer wieder mit der Notwendigkeit der Dehnung der landwirtschaftlichen Produktion begründet werden. Erfahrungsgemäß ist aber in keinem Stande die Warenmarkt, der so ausgeprägt, wie in der Landwirtschaft. Wenn irgendwo, so ist in der Landwirtschaft die Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise unerschwinglich, weil die Landwirte immer noch Besitzer von Grundbesitz sind.

Unsere Kohlenwirtschaft ist ein besonderes Schmerzenskind. Welch ein Mühsal, daß in England die Bergarbeiter nur zwei Tage arbeiten, die deutschen Bergarbeiter aber überhöhten verfahren und wir trotzdem von Monat zu Monat steigend englische Kohle einführen müssen.

Alles in allem betrachtet, erwachsen der Regierung und dem Reichstag in der kommenden Zeit Aufgaben von ungeheurer Umfang. Notwendig sind Maßnahmen für eine entsprechende Lohn- und Gehaltspolitik für die Arbeiter, Angestellten und Beamten und eine durchgreifende Unterstützungspolitik für Sozial- und Militärrentner. Es muß mit allen Mitteln der Versuch gemacht werden, von der Papiergeldwirtschaft loszukommen. Ohne Monopolium und ohne Mobilisierung der inneren Schwärme ist das freilich unmöglich. Notwendig ist, den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken und unter strengster Aufsicht zu stellen. Dazu gehört ein Verbot, beim Ankauf von ausländischer Währung zu berechnen. Ferner ist notwendig, durch Rationierungsmaßnahmen der Sammelerei von Waren zu steuern.

Der Kampf gegen Demokratie und Republik wird nicht außerhalb, sondern auch im Parlament geführt, zumal seit der letzten Reichstagswahl der deutschwärtige Flügel gestärkt worden ist. Die Deutschnationalen trifft die Verantwortung für die politische Verwilderung in Deutschland. Sie sind es, die den unreifen Wurzeln die Argumente geben, daß es vaterländische Pflicht sei, gegen die „verlorenen Republik“ anzukämpfen, die uns den Schmachtriefen und die „traurigen Zustände“ gebracht hat. Die Republik hat sich hier noch immer als zu gutmütig und nachgiebig erwiesen.

Deutschland im allgemeinen und hat, abgesehen von einigen rechtsoberschwärzlichen Vätern in Berlin und sonstwo, nur noch die Unterstützung Dorens und seiner für Frankreich arbeitenden separatistischen Organisationen gefunden. Darin liegt die schärfste Zurückweisung der bayerischen Politik.

Die Sozialdemokratie hat sich immer zur Einheit der deutschen Republik bekannt. In diesem Bekenntnis müssen wir heute erst recht festhalten.

Es gibt natürlich auch in der Fraktion Meinungsverschiedenheiten. Immer aber kamen diese in innerparteilicher Weise zum Ausdruck. Daß wir, daß der gleiche Geist auch in der wiedervereinigten Fraktion verherberischend wirkt, kann nicht in dieser Zusammenfassung als ein Segen für die Arbeiterklasse erwiesen. Von den Genossen im Lande erbitten wir das weitere Vertrauen und gegenseitig soll das Gelächter gelten: Treue um Treue! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Simon verliest ein Begrüßungsschreiben der sozialdemokratischen Partei in Danzig, die bezeugt, daß sie aus finanziellen Gründen keinen Delegierten entsenden konnte und der Freude über die kommende Einigung Ausdruck gibt.

In der Diskussion über den Bericht der Reichstagsfraktion erhält der Bericht.

Recher-Beitrag: Die Reichstagsfraktion hat bei der Stellungnahme zur Rentenfrage vor allem die sozialbürgerlichen Rechte der Beamten zu wahren gesucht. Bei der Regelung der Befehlungsfrage ist sie immer dafür eingetreten, daß die Befehlungsfrage in die Hände der Arbeiter übergeht, sondern die Hände der bürgerlichen Parteien, die für die Unterbreitung der Arbeit, aber keine offene Hand hatten. Gegenwärtig herrscht bei den bürgerlichen Parteien ein ganz anderer Geist, als vor zwei Jahren. Das zeigt sich bei der Beratung der sozialpolitischen und sonstigen Gesetze im Reichstag.

Frau Dr. Wegscheider-Berlin: Die Frage der Lehrerbildung muß durch ein Gesetz gefördert werden. Die Fortbildung und Fortschulung der Lehrkräfte muß von Reichswegen gefördert werden. (Sehr richtig!)

Parität-Hannover: In der Diskussion müssen wir die Arbeiterklasse dazu erziehen, die nötige Rechte und Freiheiten wahrzunehmen, um die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrzunehmen und den kulturellen Fortschritt zu fördern.

Genossin Eberhard-Berlin protestiert gegen die Berufung des Reichsarbeitsministeriums, die berichtet, daß aus dem Teil der Mittel für die Kriegswaffen, die für allgemeine Wohlfahrtszwecke zur Verfügung stehen, Heime und Anstalten nicht unterstützt werden dürfen, die von Kommunisten geführt werden.

Darauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Daß der Parteitag in Nürnberg keine Einigung brachte, auch als Abgeordneter der USP. — nicht der SPD. — weiter im Landtag arbeiten.

Diese Bemerkung ist hilflos. Was tut denn der Abg. Freidhof, wenn in Nürnberg — was ganz selbstverständlich ist — die Einigung von USP. und USP. ausbleibt. Darauf soll die „Tribüne“ Antwort geben. Das Neben große Töne im jetzigen Stadium ist lächerlich und überflüssig. Abg. Freidhof kann doch mit seiner Person keine besondere „Fraktion“ bilden, zumal seine bisherige politische Haltung, die Frau Abg. Unger, am Sonntag von den Unabhängigen ausgeschlossen wurde!

**Aus der Partei**  
Bezirkskonferenz des Unterbezirks Ettlingen

Im „Darmstädter Hof“ in Ettlingen fand letzten Sonntag eine Konferenz der Mitglieder des Bezirks statt. Die Konferenz wurde um 10 Uhr durch den Bezirksvorsitzenden Gen. C. u. L. eröffnet, der in seinen Begrüßungsworten auf die Arbeit in dieser Woche stiftenden Parteitag der sozialistischen Parteien hinwies, die hoffentlich erfrischende Arbeit im Sinne eines einzigen Sozialismus zeitigen werden. Die Konferenz war von folgenden Mitgliedern des Bezirks besetzt: Ettlingen mit 11 Genossen, darunter 2 Frauen; Ettlingenweiler 3, Malsch 4, Wulfenbach 3, Reichenbach 3, Langenbach 3, Ehenat 1, Spielberg 2, Malsch 3, (Schöllbrunn, Auerbach und Neuburgweiler waren nicht vertreten). Des Weiteren waren anwesend die Gen. Trinius, Koch und Seiler (Karlsruhe), sowie Vertretung der Volksordnung-Bundgenossen, zusammen 39 Vertreter. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Bezirksrats; 2. Bericht von der Kreisversammlung; 3. Bericht von der Kreisversammlung; 4. Die bevorstehenden Gemeindevahlen; 5. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 gab Gen. Leppert einen ausführlichen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Bezirksräte; er verwies dabei auf viele noch bestehende Unzulänglichkeiten und gab Anregungen bezüglich eines weiteren Ausbaues. Anschließend sprach Gen. Geiger (Malsch) über die Kreisversammlung. An der Tagesordnung beteiligten sich die Gen. Maier (Ettlingen), Wehler (Malsch), Trinius und Koch (Karlsruhe), Geisler (Malsch), sowie die beiden Vertreter der Ortsvereine. Über die Kandidatenfrage wurde eine längere Aussprache statt, an der sich die Genossen aller Ortsvereine beteiligten. Die Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag geschieht in folgender Reihenfolge: Ettlingen, Malsch, Malsch, Reichenbach, Ettlingenweiler, Wulfenbach, Schöllbrunn, Langenbach, Reichenbach, Spielberg. Zur Kreisversammlung ist die Reihenfolge folgende: 1. Ettlingen, 2. Reichenbach, 3. Malsch, 4. Malsch, 5. Ehenat, 6. Schöllbrunn und 7. Wulfenbach. Dem bereitwilligen Vertreter im Bezirk sowie in der Kreisversammlung wurde volle Anerkennung für ihre bisherige Tätigkeit ausgesprochen. — Das Referat des Gen. Trinius über die Gemeindevahlen wurde, da die Zeit schon weit vorgeschritten war, auf eine noch vor den Wahlen stattfindende Konferenz des Bezirks vertagt. Bezüglich der Delegation zum Parteitag in Offenbach wurde auf Antrag Ettlingen beschlossen, für den Bezirk aus Ehenat, Malsch, Reichenbach und Spielberg zu entsenden. Die Ortsvereine haben in Wäde Mitgliederversammlungen abgehalten und Stellung zum Parteitag zu nehmen, damit der betr. Delegierte mit dem nötigen Material versehen ist. Der zu wählende Delegierte ist verpflichtet, dem Bezirks-Ortsvereine Bericht vom Parteitag zu erstatten. Die Sachverhalte Reichenbach, Malsch und Neuburgweiler haben nach Mitteilung des Gen. Geisler (Malsch) bereits ähnlich gehandelt. Als Delegierter wurde Gen. Jakob Waldemar-Ettlingenmeister gewählt. Zum Schluß wurde als Vortag des Bezirks wiederum Ettlingen bestimmt und die Bildung des Vortagskomitees mit 5 Genossen und der Aufforderung, nun kräftig in die Agitation einzutreten, konnte Gen. C. u. L. um 2 Uhr die gut verlaufene Konferenz schließen.

**Parteiengenossen und Leser des „Volksfreund“**  
berücksichtigt bei euren Einkäufen die  
**Geschäftliche Rundschau!**  
Kauft nur bei den Geschäftsleuten,  
die eure Presse mit Angelegenheiten unterstützen!

**Honorar vom „Erbfeind“**

Wilhelm verkauft seine Memoiren an Frankreich  
Die „Agentur Radio“, das offizielle französische Nachrichtenbüro, teilt mit, daß sie die Memoiren Wilhelms für Frankreich und die Kolonien erworben habe. Mehrere Pariser Zeitungen, darunter „Matin“, „Petit Parisien“, „Petit Journal“, „Echo de Paris“, „Journal“ u. a. können an, daß die Memoiren in ihren Spalten veröffentlicht werden.

Es geht nichts über monarchische Gesinnungstüchtigkeit. Hindenburg hat jüngst berichtet, er habe am 9. November deswegen dem Kaiser zur Flucht geraten, damit die „Schmach“ vermieden würde, daß der deutsche Kaiser käuflich den Feinden in die Hände fiel. Daß die Memoiren dieses Kaisers von der Boulevard-Pressen für die Publizität als Sensationsstoff dienen angekauft werden und daß der deutsche ehemalige Kaiser dafür Honorar in französischer Valuta bekommt, erscheint den teutschen Männern dagegen nicht als Schmach. Aber freilich — Hindenburg und Ludendorff haben ja auch schon den Preis ihrer Pfunde kennen gelernt.

Welch ein laubener Patron dieser ehemalige deutsche Kaiser ist, zeigt sich wiederum in dieser Geschäftshuberei. Aber zum großen Mundwerk und zum Aussehen in der Stunde der Gefahr paßt diese Geschäftshuberei mit den Franzosen durchaus.

**Badische Politik**

Der unabhängige Landtagsabg. Freidhof  
will nicht in die Mehrheitssozialdemokratie übertreten. So verurteilt es die Mannheimer „Tribüne“ in einer unglücklich abtönen Notiz. Die bürgerliche Presse hat unsere Meldung von dem notwendigen Übertritt des bisherigen unabhängigen Abgeordneten übernommen. Die „Tribüne“ schreibt nun: „Die Meldung ist in dieser Form totaler Unfug. Genosse Freidhof gehört nach wie vor der USP. an und er würde für den

besten auch gebracht. Sie helfen alle; nur gelingt es nicht immer. — Was willst du?“

Der Passa richtete die Frage mit einer rohen Wendung an den Begleiter Ahmeds, der bis jetzt in demselben Gedankengang zur Seite gestanden hatte, nun aber mit einer tiefen Verbeugung vortrat, seinen Turban abnahm und einen langen Zettel aus demselben herausbrachte. Darin ergriff das Papier ungeduldig, warbte sich ob und las. Als er zu Ende war, sah er lange schweigend nach Worten, als ob er etwas am Horizont suchte. Ich konnte nur sehen, wie sein elegant beschürter Fuß ungeduldig im Schutt wühlte. Dann las er den langen Papierenfreifen zum zweitenmal. Darauf drehte er sich mit jener ihm eigenen nervösen Bewegung um, die Kraft und Schwäche zugleich bedeuten konnte.

„Hier ist etwas für Sie, Herr Cuth“, sagte er. „Vorgestern hat mein Kesse, der Viehstall, sämtliche Arbeiter bei den Dampfmaschinen in Schudra — Majshinien und Blüger, alles! — holen lassen, um sie nach Oberägypten zu schicken, wo er mit seinen eigenen Apparaten nicht zurückzukommen scheint. Die Leute haben in der Nacht wieder zurück zu Weib und Kind. Man kann sich das denken; eigentlich sind sie auch Menschen. Und nun wurden sie gestern nachmittags wie man mir schreibt, unter militärischer Bedeckung abgeführt und sofort in Wlad auf Wlad gebracht. All Ihre Mühe haben sie!“

„Aber Dohheit“, rief ich, „das ist ja rein unmöglich!“  
„Das ist sicher, mein Lieber. Sie vergessen, daß wir in Ägypten sind“, sagte er mit unterdrückter Leidenschaftlichkeit und fuhr dann leiser fort: „Es ist das alte Vieh, das nun wieder einnimmt: einer gegen alle, alle gegen einen! das Schicksal des Daves meines Vaters, mein Freund!“  
Er lachte gezwungen; kein gutes Lachen.  
„Aber was kann geschehen?“ fragte ich entrüstet, denn ich sah im ersten Augenblick das harte Werk von drei Jahren plötzlich zusammenbrechen. „Was tun Sie, Herr Cuth?“  
„Von vorn anfangen“, erwiderte er ruhig und bestimmt. „Es bleibt nichts anderes übrig; und wenn er Ihnen das zweite Kontingent wegnimmt, nochmals von vorn anfangen. Der weiß vielleicht ist es auch gut, wenn unsere Leute in dieser Weise in alle Ecken des Landes verteilt werden. Jedenfalls kann so Ihre Dampfmaschinenfabrik in Schudra zu ungeheurer Mächtigkeiten kommen. Sobald wir hier mit dem Vieh fertig sind, reiten Sie nach Hause zurück und —“

**Hinter Pflug und Schraubstock**

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs  
Von Max Geth

„Ich bitte Gott um Vergebung, aber es war ein Affen, o Effendini“, sagte Ahmed mit ungewohnter Bestimmtheit. Er drückte hierbei jene Form feinsten arabischer Östlichkeit, von der wir rohen Europäer nur einen schwachen Begriff haben, indem er nicht den Angeredeten, sondern Gott um Vergebung bat, daß er widersprechen mußte. Denn kann ein Mensch Sünde vergeben?  
„Es wurde mit jeder Stunde schlimmer“, erzählte er auf einer ungeduldigen Wint halms, „als ich nach Maraska zurückgekehrt war. Er Dogen lag auf dem Boden, zitterte am ganzen Leib und verdröhte die Augen, so wühlte ihn der Geist. Unser Daffim wühlte sich nicht zu rufen. Als es um die vierte Nachstunde nicht besser wurde, sahen wir auf der Erde neben dem Kranken und huten Gott, den Albarmherzigen, um Gnade; aber wir hofften nicht mehr. Da sandte der Allmächtige Ibrahim Emir, den Beduinen, deinen Freund, und seinen Sohn. Sie sahen das Tier und sprachen: „Gott helfe uns; es ist ein Affen.“ Dann fragte mich der Alte, wie es begonnen habe. Ich sprach die Wahrheit und sagte: „Zu Tanta hat ihn ein Dersisch mit übelm Auge angesehen, dann hat ihn der Hofamahandi, Dogaan Geth, geritten, bis sein Herz stillstand. Und als er erwacht war und dem Umfassen nahe, kam der Affen, sah seine Schwärze und fuhr in ihn. Nun heißt es, wie du siehst.“ Da sprach der Emir: „Genau! Ich sehe, was ich sehe.“ Soll der Fremde, der Anstalt, hühen?“ Er deutete über seine Schulter nach Kasser-Scheds. Ich verstand ihn und sagte: „Aber du sollst ihm kein Leid tun; mein Herr der Passa würde es nicht dulden.“ Er brach ihn. „Set er Freunde?“ fragte der Emir weiter. „Er ist ein Fremder, ein Dersischer; ich weiß es nicht“, sagte ich. „So hat er Dieren?“ fuhr der Beduine fort. „Ich brauche jemand, um den er sich gekümmert hat, seit der Pflug des Schachab an Himmel stand.“ — „Dieren in Menge“, beharrte ich ihn, „zu Schudra, zu Kercanis; Schmiebe, Schloffer, Zimmerleute, Schreiber und Hellschiner in Wasser. Unser Passa gibt ihm, was er bedarf, und er bedarf viel.“ „Es ist gut!“ sprach der Emir; „bring mir eine Blutorange oder eine kleine Melone.“ Wir fanden eine Melone im Garten des Scheds. Der Mondschein half uns suchen. Er

nahm sie und schmit mit seinem Messer in ihre Rinde zwei Augen, eine Nase und einen Mund, so daß sie ausah, wie der Kopf eines Mannes und uns angrinste. Dann sprach er: „Nun bekannst du sein Wesen, das heilige, und betel das Glaubenswort.“ Ich aber werde mich nach Westen wenden, und ich soll nicht sehen, was geschieht.“ Wir taten, wie er es haben wollte, der Daffim und ich; doch konnte ich die Reuigkeit nicht ganz bemessen, und so sah ich, daß er die Melone auf den Boden legte, was den Kopf des Pferdes, das angestrichelt wurde. Nachdem er ein wenig gebetet hatte, aber nicht den Erfolg, sprach er laut: „Leben mit Leben!“ Ich sah den Fuß auf das Gesicht, was er gemacht hatte, und zermalmte den Kopf, daß er ein Teil wurde. Diesen sah er El Dogaan zu fressen. Das arme Tier fraß nicht; dann brach ein Schweiß bei ihm aus, daß es dampfte und das Wasser an seinem Leib herabfiel. Ibrahim aber sprach: „Er wird leben, Herr Dogaan. Gott mit ein wenig Kaffee. Ich werde oft und hin mit von diesem Tier.“ Ich machte ein Feuer und kochte Kaffee, so schnell ich konnte. Als er getrunken hatte, ritt er mit seinem Sohn davon. El Dogaan aber schloß schon und schloß mich bis zur Morgendämmerung.“

Der kleine Ramehad hatte seinen Bericht mit der pathetischen Vereinfachtheit beendet, die mich nicht selten bei den einfachsten Fellschin in Erlaumen setzte, sah ich um, wie ein Märchengestalt, der den verdienten Beifall erwarb, und trat einige Schritte zurück. Darin hatte sein heftiges Lächeln auf den Lippen, das ihm im Kairo laufen verließ. Rames dagegen sah mit gespannter Aufmerksamkeit auf den Erzähler.

Was von der Illusionsideologie...

Am Parteitag der 'Neuen Zeit', der wissenschaftlichen Wochenchrift der Sozialdemokratie, beipflichtet ihr leitender Redakteur, Genosse Cunow, unsere wirtschaftspolitische Situation. Es dürfte für die Genossen von Interesse sein, zu erfahren, wie Genosse Cunow, der als Kenner und wissenschaftlich gebildeter Sozialdemokrat unsere wirtschaftspolitische Situation beurteilt. Wir zitieren aus dem Artikel, unter Weglassung polemischer Züge, die folgenden Darlegungen:

Der Parteitag tritt dieses Jahr in Augsburg unter so vorteilhaften, jeden freien Blick in die Zukunft hindernenden und damit auch allen Bagatel und alle Zufälle lösenden Wirtschaftsverhältnissen zusammen, wie bisher kein anderer Jahreskongress der deutschen Sozialdemokratie. Zwar sind für den Kongress durch den Beschluß der sogenannten Reparationskommission die von Frankreich angebotenen gewaltigen Reparationsleistungen freigestellt; aber dieser Beschluß bedeutet weder irgendwelche Ermäßigung der durch das Verfallene Preiseniveau und das Londoner Ultimatum Deutschland aufgezogenen unersättlichen Zahlungsbedingungen noch ein Vorantreiben von unersättlichen Zahlungsleistungen. Höchstens kann man von einem kurzen Zeitgewinn, einer vorläufigen Sinausfälligung der Zahlungsbedingungen reden, denn die demnächst fälligen Zahlungen werden Deutschland nicht an längere Zeit entlasten; es wird nur der Zahlungsmodus geändert. Wie sonst das deutsche Volk die vom 15. August bis zum 15. Dezember dieses Jahres fälligen Zahlungsbeträge zu den fälligen Terminen in Gold beziehungsweise in Dollar-Devisen zu zahlen geübt, so wird ihm nun durch den Beschluß der Reparationskommission ermöglicht, zunächst die Beträge in Reichsmark zu zahlen, aber unter der Bedingung, daß es diese Beträge binnen sechs Monaten in Gold einlöst und die Einlösung durch Veräußerung deutscher Sachwerte oder durch Hinterlegung bei ausländischer Geldbesitzer bei ausländischen Banken sicherstellt.

Deutschland muß also, falls nicht inzwischen das ganze Reparationszahlungsproblem gelöst wird, zu Beginn des Jahres 1923 neben den dann fälligen Reparationszahlungen noch die nach dem 15. August bis zum 15. Dezember 1922 in Gold zahlenden Beträge in Anbetracht der steigenden Entwertung der Reichsmark, der alle Berechnungen über den Wert der Reparationsleistungen auf den Reichsmarkwert des letzten Jahres basieren, und Exportverhältnisse dann stellen, die für die deutsche Wirtschaft in ihrer Abhängigkeit von der Weltwirtschaft sehr ungünstig sind. Der einmündige deutsche Wirtschaftspolitiker in ihrer Abhängigkeit von der Weltwirtschaft sehr ungünstig sind. Der einmündige deutsche Wirtschaftspolitiker in ihrer Abhängigkeit von der Weltwirtschaft sehr ungünstig sind.

Es zeugt von einem sehr geringen Verständnis für die deutsche Wirtschaftspolitik, wenn man die Beschlüsse der Reparationskommission von einer wesentlichen Erleichterung der finanziellen Lage oder gar von einer vollständigen Lösung der Zahlungsschwierigkeiten sprechen will. Solche Auslassungen sollte man gewiss in der Gesellschafts- und Wirtschaftslehre vermeiden, wenn man nicht aus innerer Überzeugung aufstehen will, sondern aus bestimmten politischen Gründen. Der Parteitag bedeutet lediglich eine kurze Sinausfälligung, zugleich damit aber auch eine Verhinderung der drohenden Katastrophe.

Roch immer werden die Verfallenen Zahlungsbedingungen in ihrer Wirkung auf das deutsche Wirtschaftsleben von vielen nicht unterschätzt. Wie es in den Novembertagen 1918 in letzterem Reichstag die gar vielen Zweifler, die die Forderungen der Reparationskommission nicht hatten, ausfallen, denn die westlichen Demokratien hätten, nachdem die deutsche Militärmacht gestürzt sei, durchaus kein Interesse daran, das deutsche Volk zur Bewältigung zu zwingen und dem neu entstandenen demokratischen Regime Schwierigkeiten zu bereiten, so heißt es heute wieder, im ganzen wäre es uns ja unter dem Diktat der Entente die noch immer ziemlich leicht erlangten, und so würde es uns auch wohl ferner leicht ergehen, zumal England und Amerika ein großes Interesse daran hätten, die mitteleuropäische Wirtschaft nicht völlig ins Chaos versinken zu lassen. Das wir heute nur auf Kosten der Zukunft leben, ist jenen Schwärzern noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Sie sprechen von Erfüllung der Reparationsforderungen und von Erfüllungspolitik, doch die Schwierigkeit, zum Teil völlige Unmöglichkeit der Erfüllung haben sie nicht erkannt.

Zeigten sich dann während der letzten Jahre auf den verschiedenen Entente-Konferenzen weder Frankreich und Belgien noch Italien und England bereit, dem deutschen Wirtschaftspolitiker die nötige Rücksicht zu zeigen, oder traten in bestimmten Wirtschaftspolitischen Gebieten starke Verfassungen, Zerstörungen und Abwehrmaßnahmen hervor, so machten diese Schwärzer einfach die Unfähigkeit, Schwäche oder Einfältigkeit der jeweiligen Regierung dafür verantwortlich. Sichtlich, die Regierungen der letzten Jahre hätten in einzelnen Punkten nur können, der Wirtschaftspolitiker entgegenzuwirken. Statt der Ausarbeitung hätten sie zum Beispiel, wie ich damals empfahl, sofort nach Einberufung der Nationalversammlung, um schnell Geld in die Hand zu bekommen, zur Durchführung einer oder mehrerer innerer Staatsanleihen schreiten, die Staatsanleihe ausgeben, für einzelne landwirtschaftliche Erzeugnisse den Produktionszwang einführen, die Einfuhr überflüssiger Güter und Luxusartikel verbieten, den Export bestimmter Industrieprodukte steigern und die Valutadeckung möglichst einschränken. Aber haben nicht solcher Wirtschaftspolitik die größten Widerstände gegenüber, sowohl auf Seiten der Entente, die nichts tut, um das große Volk im Westen zu helfen, als auch auf Seiten der verschiedenen deutschen politischen Parteien. Wie ist nicht in bestimmten Gebieten und in der Presse gegen die Staatsanleihe gewütet und wie ist nicht die Erbschaftsteuerreform — und zwar gerade in unserer eigenen Presse — als geniales Mittel der Geldbeschaffung gepriesen worden! Ferner mit welchen Heulenden Gründen ist nicht gegen die Beschränkung der Einfuhr von Genussmitteln agitiert worden! Die es nicht immer wieder, die Einfuhrbeschränkungen hätten nur den Zweck, die untern Volksschichten, die während des Krieges doch so unendlich viel entbehrt hätten, nun, wo uns das Ausland alles Entbehrliche liefern könne, zugunsten der Reichen und noch über die Reichen hinaus hinweg zu halten. Wenn der Regierung mit Recht ein Vorwurf gemacht werden darf, so ist es der, daß sie mit ihrem Vorgehen so sehr auf das Gefühl der Reichen und die sogenannte Volkseinstimmung Rücksicht nahm. Freilich ist das, wie die Geschichte lehrt, bisher noch der Fehler fast jeder Volkspartei gewesen, die in Zeiten hochgehender politischer Bewegung in ihre Lebensgewohnheiten eingreifende Staatsmaßnahmen durchzuführen hatte.

Zeit sind unter dem Druck der Not auch die Gewerkschaften mit Vorschlägen verschiedener Einfuhrbeschränkungen an die Regierung herangetreten. Das zeugt von einer anerkennenswerten Einsicht in die inneren Zusammenhänge der heutigen

Notlage. Leider kommen nur diese Vorschläge rechtlich für, teilweise bereits zu spät. Zudem werden den Gewerkschaftsführern bittere Vorwürfe von Seiten ihrer eigenen Gewerkschaftsmitglieder erpart: denn wenn die Einfuhr von Tabak, Zigaretten, Kaffeebohnen und -schalen, Schokolade, feinen Weinen, Süßwaren usw. verboten oder eingeschränkt wird, so wird dadurch nicht nur mancher in seiner Gewerkschaftstätigkeit gehindert, sondern auch in den von den Verbänden betroffenen Betrieben Betriebsstörungen und Arbeiterentlassungen stattfinden. Die Gewerkschaftsleitungen müssen daher mit der Einschränkung rechnen, sie werden durch ihr Vorgehen dem Volke unentbehrliche Genussmittel entziehen und überdies die Arbeitslosigkeit gefördert. Hoffentlich lassen sie sich durch derartige kurzfristige Vorwürfe aus den eigenen Reihen nicht dazu verleiten, wider besseres Wissen einen Rückzug anzutreten.

Eine wirksame Bekämpfung der zunehmenden Wirtschaftsverfallung wird erst möglich sein, wenn die deutsche Bevölkerung erkennt, wozu die deutsche Wirtschaft unter dem Druck der Verfallenen Ententeanforderungen freit, und die sich in dieser Erkenntnis gewillt zeigt, nicht nur mit allen Kräften die Produktion zu steigern, sondern sich auch selbst vorerst harte Entbehrungen anzuerkennen. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Finden wir doch noch immer vielfach unter unseren eigenen Parteigenossen die Ansicht verbreitet, die heutige Not sei ein bald vorübergehender Zustand, da er mit innerer Anstrengung zur sozialistischen Wirtschaftsordnung führe.

Sicherlich eine seltsame Einsicht in den Gang unserer Wirtschaftsentwicklung. Als 1914 der Weltkrieg hereinbrach, war es allgemein, daß infolge der vor dem Krieg vielfach in unserer Partei herrschenden Zukunftsvisionen die Ansicht auftrat, aus dem Kriegsschauspiel werde sich, wie der Sage nach der Phönix aus der Asche, in wunderbarer Kraft der Sozialismus erheben. Ich habe es im April 1915 in meiner Broschüre 'Partei und Wirtschaft' ausgesprochen, die Folge des Krieges werde ein sozialistischer Sozialismus sein, und die sich in einer neuen sozialistischen Sozialorganisation und der steigenden Herrschaft der Sozialisten über den Industrie- und Handelsmarkt, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika und England, noch immer glaubt, die sozialistische Wirtschaftsordnung werde in den großen Industrie- und Handelsstaaten vor der Tür, dann vermag ich solche Glaubenssätze nicht mehr zu begreifen.

Das Gängigwerden in solchen Illusionen von Anno dagumal verleiht den Betreffenden nach meiner Ansicht jeden Harn-Einblick in die Entwicklung der Weltwirtschaft und hinüber zu den heutigen Wirtschaftsverhältnissen auch nur halbwegs in ihrer Bedeutung für unser gesellschaftliches Leben zu erkennen. Aus solchen Illusionen herauskommen auch die Gegenwart zu nehmen, wie sie ist, nicht wie sie nach sozialistischen Wünschen sein sollte, und dieser Gegenwart mit ihren harten Anforderungen Rechnung zu tragen, ist deshalb erste Bedingung unseres Fortschritts und Erfolges. Wohl sind schon manche einseitigen Illusionen durch den Krieg und seine Folgen zerstört worden, doch noch immer heißt es: 'Los von der alten Illusionsideologie und der Nichts-als-Agitationsspielerei, tieferes Eindringen in die Gegenwartsprobleme, praktische Realpolitik!'

Kleine badische Chronik

Donnerstag, 19. Sept. Ueberfahren. Die 75jährige Witwe Wirt wurde am Sonntagabend am Eingang der Badischen Straße von einem Singener Auto überfahren. Die Frau erlitt einen schweren Schädelbruch und starb bald darauf im Krankenhaus.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 20. September. Geschichtskalender. 20. September. 1870 Ende der weltlichen Macht des Papstes. — 1898 Der Dichter Theodor Fontane in Berlin. — 1920 Gupen und Malmedy werden Belgien zugesprochen.

Karlsruher Parteianträge. Bezirk Grünwinkel. Auf die heute Abend 8 Uhr im 'Girich' stattfindende Parteiverammlung mit Vortrag des Gen. Rohrbach über 'Städte, Zentrum und Sozialdemokratie' sei nochmals hingewiesen. Die heutige Zeit erfordert vollständiges Geschehen aller Parteimitglieder.

Lebensmittelkontrolle. Im Polizeibericht ist zu lesen: 'In den letzten Tagen wurden in etwa 150 Lebensmittelgeschäften hier durch die Polizei eine Nachschau vorgenommen, ob Nahrungsmittel, insbesondere Zucker und Fett, zur Erzielung eines übermäßigen Gewinnes zurückgehalten werden. Wesentliche Beanstandungen ergab diese Kontrolle nicht.'

Also wesentliche Beanstandungen ergab die Kontrolle nicht. Dieser Begriff ist doch recht unklar und die Bevölkerung weiß nicht so viel wie vorher. Warum werden die Beanstandungen nicht des Näheren aufgeführt und weshalb werden nicht die Namen derjenigen veröffentlicht, bei denen die 'unwesentlichen Beanstandungen' aufgedeckt wurden? Oder waren sie wirklich so harmlos, daß sie nicht der Erwähnung wert sind? Dann sage man dies doch offen, es liegt auch im Interesse der Händler. In der Bevölkerung ist die Meinung vorherrschend, daß Lebensmittel zurückgehalten, daß Inlandszucker als Auslandszucker verkauft wird und deshalb ist eine reifliche Aufklärung seitens der Polizei erforderlich, aber mit der laienhaften, nichts besagenden Behauptung, 'wesentliche Beanstandungen ergab diese Kontrolle nicht', ist keine Aufklärung gegeben, weder nach der einen noch nach der anderen Seite. Vor allem genügt sie nicht, die Meinung zu gestreuen, daß es im Handel mit Zucker und Fett nicht recht zugeht.

Zur allgemeinen darf gesagt werden, daß die Polizei mit der Publizierung der Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz recht zückerlich vorgeht und mit Glanz-Dandys zugeht. Wir erinnern nur an die verschiedenen Mißfälligkeiten, über die der Polizeibericht jeden Monat mittelt, daß so und soviel Landwirte oder Landwirtsbefreuten wegen Mißfälligkeit bestraft wurden. Die Namen dieser Verbrecher und Verbrecherinnen zu veröffentlichen, dazu schämt man sich nicht, und doch würde eine solche Publizierung mehr wirken, als die paar Mark Geldstrafen, die sich bei der Mißfälligkeit größtenteils zentiert haben. In anderen Städten werden die Namen der Mißfälligen und Mißfälliger rüchloslos der Veröffentlichung übergeben, aber in Karlsruhe bleiben sie Geheimnis der Behörde. Die Zeit neigete aber ein feines, rüchlosloses Jugereisen.

Herausgabe von städtischen Notgeld

Seit einigen Wochen ist bekanntlich auch in der Landeshauptstadt ein Mangel an fogen. Kleingeld eingetreten, der einen empfindlichen Mißstand bedeutet. Um dem Uebel einigermaßen abzuwehren, hat der Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag des Stadtrats beschloffen, Notgeld im Betrage von 130 Millionen Mark herauszugeben. Die Herstellung desselben soll so rasch wie möglich erfolgen.

Brauereiarbeiter und Abstinenzbewegung

Der Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter hielt am Sonntag in der 'Gambirushalle' eine gutbesuchte Versammlung ab, zu der der Geschäftsführer Gen. Hilz zunächst über die abgehandelten Lohnverhandlungen Bericht erstattete. Er konnte feststellen, daß im Großen Ganzen die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt wurden, wenn sich auch die Arbeitgeber sehr hartnäckig zeigten. Der Höchstlohn betrug nunmehr 3800 M., was einem Stundenlohn von 80 M. entspricht. Die Versammlung stimmte dem Abkommen einstimmig zu. Sodann hielt Geschäftsführer Hilz einen Vortrag über 'Die Maßnahmen der Regierung betr. Einschränkung des Abstinenzbewegungen und die Bekämpfung der Abstinenzbewegung.' Der Redner hielt die Maßnahmen der verantwortlichen Regierung nicht für richtig. Jedemal, die Brauereien seien feigen, sei der erste Vorwurf immer, die Abstinenzbewegung im Ministerium sitzenden Befehlshaber nicht eingeladen gewesen sei. Es sei falsch, zu glauben, die Verhältnisse würden durch Maßnahmen, wie sie die Regierung vorhat, geändert, das Geschehe vielmehr erst durch Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch die Bierbrauer seien schärfsten gegen alle Auswüchse des Alkoholismus. Die Gefahr des Brauergewerbes bestehe aber darin, daß in Deutschland nicht nur eine Einschränkung der Produktion geplant sei, sondern daß Bekämpfungen im Gange seien, wie in Amerika die Alkoholverzehrung zu Gunstzwecken überhaupt zu verbieten. Das Verbot habe in Amerika die schlimmsten Folgen gehabt. Es sei nun Aufgabe der Arbeiter des Brauergewerbes, dazu Stellung zu nehmen und auch das Verhalten der verschiedenen politischen Parteien und verantwortlichen Regierungsmänner dieser Frage gegenüber zu untersuchen. Eingehend behandelte sodann Gen. Hilz den Vortrag, den feinezeit Gen. Arbeitsminister Dr. Engel über die Alkoholfrage gehalten. Ob das Ansehen des deutschen Reiches würde, wenn das amerikanische System eingeführt würde, müsse bezweifelt werden, man müsse auch die schädlichen Folgen, die in Amerika eingetreten, kennen lernen. Das Ende wäre bei uns, daß wohl die Arbeiter bei Wasser und Brot leben müßten, daß Deutschland ein großes Durchgangs wäre, daß aber die Besitz der alkoholischen Getränke würden, wie in Amerika, sich in Besitz der alkoholischen Getränke zu setzen. In Deutschland seien 500.000 Menschen vom Bran- und Brennereigewerbe abhängig; wo sollte man diese Menschenmasse unterbringen? Wie Religion in der sozialdemokratischen Partei verbot, so müsse auch die Abstinenzbewegung einseitig die Abstinenz unterstützen. Die Brauereiarbeiter müßten mit Aufmerksamkeit den Kampf der Abstinenz verfolgen und bei der Diskussion auf dem Boden sein und ihre Interessen mit Nachdruck vertreten. In diese Ausführungen des Gen. Hilz schloß sich eine zum Teil sehr erregte Aussprache an, in der besonders gegen die abstinenten Parteigenossen scharfe Angriffe erfolgten. Zum Schluß stimmte die Versammlung nachfolgender Resolution einstimmig zu:

Die heute versammelten Arbeiter der Getränkeindustrie warnen die Gewerkschaften, Parteien und die Presse, sich auf das Programm der Abstinenzbewegung festzuliegen und für die Prohibition in Deutschland einzutreten. Die unheilvollen Folgen, welche in Amerika dadurch eingetreten sind, würden sich an der deutschen Arbeiterbewegung noch in verschärfter Weise auswirken. 500.000 Berufsangehörige sind in ihrer Erziehung bedroht und würden sich entschieden von der Abstinenzbewegung abwenden, die die Prohibition in ihr Programm aufnimmt und der Arbeiterpresse den Rücken kehren, die ihre Spalten dafür hergibt.

Ein Blick hinter die Kulissen der Varietees. Zu der unter vorhergehendem Stichwort aus Artistentreffen zugesandten und von uns veröffentlichten Zuschrift teilt uns die Colosseum direktiva mit, daß die in der Notiz gemachten Angaben auf ihren Betrieb nicht zutreffen. Die angeführten Angaben beziehen sich auf einen Monat, die Bezahlung entspricht den zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen vereinbarten Tarifverträgen. Das Colosseum bezieht noch über Tarif und zinsen sei die Frage in dem zwischen jedem einzelnen Artisten und der Direktion abgeschlossenen Vertrag festgelegt. In den Varietes anderer Städte, wo die Eintrittspreise bedeutend höher seien wie hier, können auch die Gagen höhere sein, was aber bei den billigen Eintrittspreisen im Colosseum nicht möglich sei. — Wir möchten hierzu nur bemerken, daß sich die Kritik der Artistenorganisation nicht nur auf das Colosseum bezieht, sondern insbesondere auch auf das Kaffee Wozart, wo die niederen Gagen monatlich gelten.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Das Stadt. Bahnamt veröffentlicht im Interaktiven die neuen Tarife der städt. Straßen- und Kolonialbahnen, worauf wir hiermit hinweisen. Ostangereine Gleichheit. Den Neigen der diesjährigen Herbstkonzerte eröffnet am Samstag, den 23. Sept., die Gleichheit mit einem Konzert zur Feier ihres 19jährigen Bestehens in den Sälen der Eintracht (Karl-Friedrichstraße). Die zum Vortrag kommenden Männerchöre sind fast durchweg bekannte Volkslieder. Den Höhepunkt des Konzertes dürfte unstreitig die Mitwirkung hiesiger erstklassiger Künstler bilden. Die auch in Arbeiterkreisen beliebt bekannte Opernsängerin des hiesigen Landestheaters Frau Maria von Ernst, sowie Herr Dr. Bräuner vom Konservatorium für Musik werden die Besucher des Konzertes mit den reichen Gaben ihrer Kunst beglücken. Alles nähere im heutigen Interakt.

Valuta-Bericht vom 19. September

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. — 37 1/2 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 370 M. per Holl. Guld.; Schweden notierte etwa 377 M. per Schw. Kr.; England notierte etwa 6523 M. per Pfd. Sterl.; Frankreich notierte etwa 112.60 M. per frz. Fr.; Neuyork notierte etwa 1475 M. per Dollar.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 242, gef. 30; Wehl 345, gef. 15; Maxau 558, gef. 27; Mannheim 517, gef. 18 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Engelberta Brecher, alt 79 Jahre, Witwe des Fabrikarbeiters Franz Brecher. Giuseppe de Verado, Mar-marjuttatour, Chemiker, alt 61 Jahre. Anna Biermann, Lehrerin a. D., lebte, alt 64 Jahre. Wilhelmine Häßlinger, Hauswirtschafterin, lebte, alt 72 Jahre. Elise Weinmann, alt 78 Jahre, Witwe des Oberpostassistenten a. D. Wilhelm Weinmann. Begräbniszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, 20. Sept. 1/12 Uhr: Anna Biermann, Lehrerin, Gröngstr. 7. 2 Uhr: Eugen Potnung, Rajdgenfchiffier, Rant-lestr. 18a.

# Die Voranschlagsberatung des Karlsruher Bürgerausschusses

## Die Finanzrede des Oberbürgermeisters

Karlsruhe, 19. September.

Es hat länger gedauert, als man seinerzeit bei der Beratung des letzten Voranschlags im Februar d. J. glaubte, bis der nächste Voranschlag, für das Jahr 1922, dem Bürgerausschuss vorgelegt werden konnte. Ein Fortschritt ist immerhin zu verzeichnen: während im Februar d. J. über einen Voranschlag gesprochen wurde, der nur noch einige wenige Wochen Gültigkeit hatte, läuft der diesmalige für das Jahr 1922 immerhin noch ein halbes Jahr. Bürgermeisteramt und Stadtrat glaubten zwar seinerzeit, den Voranschlag bis April oder Mai fertig stellen zu können, allein die Verhältnisse waren härter als der gute Wille der Stadtverwaltung. Der Zeitpunkt der Vorlage eines Voranschlags ist auch in einer Zeit, wie der jetzigen, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sich von Tag zu Tag ändern, von weniger großer Wichtigkeit. Denn die Zahlen des Haushalts werden bereits von neuen Zahlen überholt, bevor jene nur richtig niedergeschrieben sind. Der diesmalige Voranschlag gibt daher nur das Bild des städtischen Haushalts wieder, wie es sich am 1. Mai darbot. Wie sich seither die Dinge entwickelt haben, ist ja überall und allgemein bekannt. Man kann also auch nicht mehr gut von einer „Beratung“ eines Voranschlags sprechen, denn zu beraten bleibt gegenwärtig nicht mehr viel übrig. Es ist dies viel mehr — ohne Rücksicht auf die vielen und großen Zahlen — eine Aussprache über den Stand der städtischen Wirtschaft, über den wirtschaftlichen und finanziellen Stand der Stadt und ihrer zahlreichen Betriebe an einem gewissen Zeitpunkt. So sind die Beratungen des Bürgerausschusses in diesen Tagen zu bewerten.

Eingeleitet wurde auch heute wieder diese Aussprache durch eine Rede des Oberbürgermeisters, von der man sagen muß, daß sie ein erschöpfendes Bild der gegenwärtigen Lage der Stadt gab. Wir bedauern, daß wir diese groß angelegte, den städtischen Haushaltsplan bis ins kleinste ausbeutende Rede nicht im Wortlaut wiedergeben können, die wenigen wichtigsten Punkte, die wir daraus hervorheben, zeigen aber zur Genüge, wie es um die städtische Wirtschaft steht. Es ist ein harter Kampf ums Dasein, den die Stadt zu führen hat. Ungeheuer groß sind die Aufgaben, die an sie herangetragen und verschwindend klein die Mittel, die der Stadt zur Erfüllung dieser Aufgaben zur Verfügung stehen. Es waren eindringliche Worte, die Herr Dr. Finter wieder, wie im Frühjahr, an Rand und Reich richtete, den Städten zu gewahren, was sie brauchen, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können.

Am 10. September und bedeutsamer war demgegenüber, aus dem Rückblick, den der Oberbürgermeister über die letzten vier Jahre Arbeit der Stadt und ihrer Verwaltung gab, zu erfahren, welche große Leistungen dennoch auf fast allen Gebieten der städtischen Verwaltung vollbracht wurden. Vom Standpunkt des Sozialisten aus bleiben ja noch viele Wünsche offen; über deren Erfüllung wird die Wählerchaft im November sich zu entscheiden haben. Aber das unter den schwierigen Verhältnissen der letzten Jahre Vollbrachte läßt hoffen, daß unsere Stadt auch die noch kommende schwere Zeit der Not gut übersehen wird. — Die Fortsetzung der Beratung erfolgt Mittwoch 4 Uhr. Es werden nun die einzelnen Parteien zu Wort kommen.

### Sitzungsbericht

Am 14. Uhr eröffnet Oberbürgermeister Dr. Finter die Sitzung. Anwesend sind 81 Mitglieder. Oberbürgermeister Dr. Finter gibt sodann noch einen weiteren Tagesordnungspunkt bekannt, nämlich die Beschlußfassung über Herausgabe von Notgeld. Die Versammlung ist mit der Beratung einverstanden.

Angenommen werden weiterhin zum Teil einstimmig folgende Vorlagen: Die Erhöhung der Marktgebühren, Bestattungsgebühren, der Gebühren im städt. Schlacht- und Viehhof, der Straßen- und Lokalbahntarife, der Straßenreinigung, Müllabfuhr, Grunderwerbsteuer und Kanalnutzung.

Die nächste Vorlage betrifft die Zustimmung zu einem Gemeindefestbeschlusse, wonach bis 1. Dezember die Erhebung verschiedener Gebühren, sowie der Straßenbahn- und Lokalbahntarife der jeweiligen Steigerung der Steuerungsbezüge der städtischen Beamten und Arbeiter angepaßt werden sollen unter Zustimmung des Stadtrats und Stadterordnetenvorstandes. Wegen wenige Stimmen findet die Vorlage Annahme, ebenfalls werden angenommen die weiteren Vorlagen Grundstückskaufvertrag mit der Sinner AG. und Einbau einer Wasserreinigungsanlage und Verbesserung der Dampfkanal im städt. Bierordbau.

Sodann kommt die Vorlage zur.

#### Vorausgabe von städt. Notgeld

zur Beratung. Die Notwendigkeit der Herausgabe begründet Bürgermeister Dr. Kleinmühl. Es sollen für 100 Millionen Reich Notgeld herausgegeben werden, deren Kosten sich auf 750 000 M. belaufen. Ausgabestelle des Geldes ist die Stadtkassakasse. — Nach längerer Debatte wird die Vorlage einstimmig genehmigt.

Nun trat das Haus in die

### Beratung des Voranschlags 1922/23

ein, zu dessen Einleitung die großzügige

#### Statrede des Oberbürgermeisters

einen trefflichen Überblick über die Finanz- und Wirtschaftslage bot. Unser Stadtoberhaupt wies eingangs seiner Rede darauf hin, daß die Aufstellung eines verlässlichen Voranschlags im Sinne der Fortschrittlichkeit unmöglich ist. Er führte sodann u. a. aus: In einem solchen Augenblick zielt es sich wohl, mit der Betrachtung der derzeitigen Lage einen Rückblick zu verbinden auf die vergangenen Jahre, zu prüfen, ob und inwieweit die Gemeindeverwaltung während dieser Zeit ihrer Aufgabe gerecht geworden ist. Allgemeiner moderner Auffassung entsprechend bezeichnet die neue Gemeindeordnung als Aufgabe der Gemeinde die Pflege des geistigen, sittlichen, körperlichen und wirtschaftlichen Wohls ihrer Einwohner. Die badische Gemeindeverfassung war, seitdem es eine badische Gemeindeordnung gibt, ihrem Wesen nach republikanisch, die neue Gesetzgebung brachte zu seiner Verwirklichung nur noch die Gleichheit des Wahlrechts hinzuzufügen.

Neben einem geistlichen Verhältnis zum Staate ist die wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung der Gemeindeaufgaben die

#### wirtschaftliche Gesunderhaltung des Gemeinwesens selbst.

Die trostlose Entwicklung der Wirtschaftslage Deutschlands seit dem Anbruch hat es mit sich gebracht, daß in der Sorge um die wirtschaftliche Existenz der Gemeinde die hauptsächlichsten Kräfte ihrer Verwaltung sich vergehen

mühen und daß für den weiteren Ausbau ihrer Einrichtungen und ihres Aufgabentfeldes neben dieser Sorge nur wenig Raum übrig blieb. Es gereicht dem derzeitigen Bürgerausschuss zur hohen Ehre, daß er, alle Parteigegebenheiten zurückstellend, sich bemüht hat, in nächsterer Sachlichkeit und ohne bequeme Rückflucht auf auswendig gelernte Schemata und Tagesmeinungen, den Dingen auf den Grund zu sehen und aus der gewonnenen Erkenntnis der Lage die, wenn auch harten Folgerungen unbedrückt zu ziehen.

Das Ergebnis der Bemühungen der Stadtverwaltung um die wirtschaftliche Gesunderhaltung unseres Gemeinwesens offenbart Ihnen der Voranschlag. Das Bild, das er bietet, ist gewiß ernst, und wer ihn mit dem Maßstab der Friedenzzeit messen wollte, würde wohl zu einer recht ungünstigen Beurteilung unserer Lage kommen müssen. Da springt zunächst im Vordergrund die Feststellung des

#### Schuldenstandes mit 239 500 650 M.

am 1. April 1922 gegen 188 086 548 M. zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres in die Augen, also eine Steigerung von 56 504 102 Mark. Es gereicht einzigermassen zum Trost, daß die Mehrung der Schulden nicht etwa von der Wirtschaft aufgeschwemmt, sondern daß sie ausschließlich durch Maßnahmen verursacht worden ist, die eine

#### Bermehrung des Vermögens der Stadt

gebracht haben. Selbst die aus Anlehensmitteln bestrittenen, besonders hohen Aufwendungen für die Wohnungsfürsorge, die im Jahre 1921 allein 22,8 Millionen betragen, machen davon keine Ausnahme. Es muß beruhigend wirken, wenn man in dem Vorberichte fest, daß beispielsweise unser Gaswerk, das heute einen Umsatz von fast 600 Millionen hat, nur mit 12 Millionen, und die Straßenbahn, deren Umsatz 200 Millionen erreicht hat, nur mit 10,5 Millionen zu Buche steht, und auch die Ausgaben für die Grundstücksverwertung (im Jahre 1921 5,7 Millionen), für die ja auch Anlehensmittel verwendet worden sind, bürden eine rentable Kapitalanlage darstellen. Es ist erforderlich, daß Bedacht darauf genommen wird, das Vermögen der Stadt zu erhalten. Dazu ist vor allem eine gute Unterhaltung der Häuser und aller Einrichtungen und Anlagen von Nöten. Eine dritte Maßnahme gilt der Vorbereitung der Rückzahlung der Schulden.

Ueberaus gespannt ist die laufende Wirtschaft. Von der Aufzählung der Einzelheiten möchte ich absehen.

#### Der Heilbesatz von 83 Millionen

ist errechnet auf Grund des Maiplanes. Die im vorigen eingetretenen Ereignisse haben diese Zahlen schon weit überholt. Allein die Ausgaben für die Beamtengehälter und Löhne machen heute das dreifache des Mai-Satzes aus und die Bewegung ist ja noch nicht abgeschlossen. Es wäre durchaus verkehrt, heute dem Gedanken der Möglichkeit einer niedrigeren Steuer Raum zu geben. Die Entlastung würde nicht ausbleiben. Aber schon eine Steuer von 10 M. auf 100 M. Steuerwert bedeutet eine ganz gehörige Last für die Steuerzahler.

Zwei Folgerungen sind es, die aus der geschilderten Lage gezogen werden müssen. Die eine richtet sich an die Stadtverwaltung selbst: Es ist der

#### Zwang zur äußersten Sparsamkeit

Sie bedingt vor allem, daß die Stadtverwaltung die ihr obliegenden Geschäfte mit dem geringst möglichen Maße von Arbeitskräften zu bewältigen sucht, d. h. von ihren Angestellten das höchste Maß der Leistung verlangt. Der Personalstand beträgt heute 1729 Beamte und 1632 Arbeiter. Diese Einschränkung war nur dadurch möglich, daß Beamtenum und Arbeiterzahl bemüht waren, ihre Pflicht in vollem Maße zu tun. Die zweite Folgerung ist an Reich und Staat zu richten. Sie geht dahin, den Gemeinden entgegen zu

größere Anwendungen aus den Reichsteuern oder durch Erweiterung ihrer Steuerrechte neue Einnahmequellen zu verschaffen. Die Ungünstigkeit der bisherigen Regelung ist heute wohl allgemein anerkannt. Ferner muß vom Reich ein weit höherer Anteil an der Umsatzsteuer verlangt werden, als bisher. Willig unbegreiflich ist auch, daß man bisher kein Mittel gefunden hat, die Verbrauchssteuern der Gemeinden auf Bier und Wein zu erhöhen. Es ist geradezu lächerlich, daß die Gemeinden sich noch heute, wo das Liter Bier gegen 30 M. kostet und das Liter Wein mindestens 100 M., mit einer Verbrauchssteuer von je nach 1 bis 2 M. auf das Liter begnügen müssen (Herrl. Post!). Endlich ist zu fordern, daß bei der nun hoffentlich alsbald erfolgenden Festsetzung des Zuschusses des Reiches zu den Aufwendungen der Gemeindeangehörigen, der Lage der Gemeinden in ausgiebiger Weise Rechnung getragen wird. Vom Lande aber muß verlangt werden, daß nun endlich die Gemeinden, entsprechend dem preußischen Kommunalabgabengesetz, die allgemeine Ermächtigung zur Erhebung solcher Abgaben erhalten. Die Gemeinden erwarten ferner vom Lande die Heberlassung eines angemessenen Teiles der Kraftfahrsteuer und eine günstigere Verteilung der Schullasten. Scharfen Protest müssen sie einlegen gegen den von der Regierung der Volkvertretung unterbreiteten Vorschlag zur Neuordnung der Verteilung der Volksteuern.

In einer Stadt, die sich ansieht, sich zur

#### Großstadt und zur Handels- und Industriestadt

zu entwickeln, ist es erstes Erfordernis, daß für die Bedürfnisse des Wohnens und der gewerblichen Betätigung das erforderliche Gelände in geeigneter Form zur Verfügung steht. Im ganzen hat die Stadt von ihrer 45 1/2 Hektar messenden Gemarkung 1927 Hektar im Eigentum. Auf fremden Gemarkungen besitzt sie 85,19 Hektar. Der städtische Grundbesitz ermöglicht es der Stadtverwaltung zunächst, die Kleingartenbewegung in beträchtlichem Umfang zu fördern. Von den etwa 8000 Kleingärten auf Gemarkung Karlsruhe sind 3480 mit einer Gesamtfläche von 795 000 Quadratmeter mit städtischer Hilfe angelegt worden. Nicht eingerechnet sind darin die etwa 60 Hektar umfassenen Kleingärten. Die besondern Maßnahmen der Stadt zur Förderung der Ansiedelung von Industrie und Gewerbe sind Ihnen aus den besondern Vorlagen bekannt. Für das 5. Hofenbassin ist das Gelände erworben und es ist der Bodenaufbau dafür verlegt. Der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Gemeindebegüter dienen ferner die Verkehrseinrichtungen der Gemeinde. Leider hat die Ungunst der Verhältnisse es verhindert, die bestehenden Projekte der Erweiterung des Straßenbahnnetzes in dem gewünschten Umfang zu verwirklichen. Insbesondere blieb der Wunsch einer Straßenbahn nach Mühlheim und nach Amlingen unerfüllt. Leider wird auch in diesem Jahre mit einem ganz erheblichen Zuschuß der Stadtkassakasse zur Straßenbahn gerechnet werden müssen. Trotz der fortgeschrittenen Tarifserhöhungen will es nicht gelingen, einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Des Ausbaus des Hafens ist bereits gedacht. Etwas zurückgetreten war in den letzten 3 Jahren der Straßenbau.

Nicht unbedeutende Erweiterungen und Neueinrichtungen sind dagegen in den Anlagen der

#### Städtischen Werke

vorgenommen worden, die unsere Bevölkerung mit Wasser, Licht, Wärme und Kraft versorgen sollen. Der Pflege des wirtschaft-

lichen Wohls der Einwohner dient auch das Arbeitsamt. Im Zusammenhang mit dem Arbeitsamt darf wohl auch der Fürsorge für die beschränkt Erwerbsfähigen durch die Gründung der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle Erwähnung getan werden.

Wie hat sich nun, so wird man fragen, unter der Mitwirkung dieser städtischen Einrichtungen und Unternehmungen die

#### Wirtschaftslage der Stadt Karlsruhe

im ganzen gestaltet? Bählte Karlsruhe im Jahre 1919 142 227 Einwohner, so waren es Ende 1921 nur noch deren 136 157. Seitdem ist nun die Einwohnerzahl wieder auf über 138 000 gestiegen. In noch stärkerem Maße tritt die Verringerung in den Zahlen der hier beschäftigten Mitglieder der Arbeiterkassen hervor. Eine weitere Aufgabe der Stadt ist nach der Gemeindeordnung, für das

#### Körperliche Wohl ihrer Einwohner Sorge zu tragen.

Ich komme wohl der allgemeinen Bedenkenrichtung dieser Tage, in denen die Natur es darauf angelegt zu haben scheint, und die letzte Hoffnung auf eine auskömmliche Ernährung der Bevölkerung im nächsten Winter zu rauben, entgegen, wenn ich die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung vorantreibe. Ins Große hat sich aber in diesen 3 Jahren die

#### Wohnungsfürsorge

der Stadt ausgedehnt. Wiederholt beschäftigt hat die städtischen Kollegen auch der Ausbau des

#### Fürsorgewesens im engeren Sinne.

Die Zahlen des Voranschlags — der Aufwand für das Fürsorgewesen einschließlich der Kranken- und der Wohlfahrtspflege beträgt schon nach den Mai-Zahlen 38,4 Millionen gegen 12,3 Millionen im Vorjahre — zeigen Ihnen das auf das deutlichste. Besonders groß ist darin auch der Anteil der Krankenfürsorge mit 10 Millionen.

Der unmittelsbaren Körperpflege dient die Förderung der sportlichen und turnerischen Betätigung. In den Jahren 1919 und 20 sind mit dem erheblichen Aufwande der Stadt und Körperschließung der Kosten für die beteiligten Vereine insgesamt 14 Spiel- und Sportplätze neu eingerichtet.

Endlich hat die Stadt auch nicht unterlassen,

#### der Förderung des geistigen Wohls

unserer Bevölkerung ihre Interesse zu widmen. Sie hat nicht nur das differenzierteste Schulwesen, sie wendet auch auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet das meiste dafür auf. Das ist ein Ruhmesdiadem unserer Stadt, den man wohl gebührend hervorheben darf. In die zu Ende gehende Antiseprose fällt ferner die Neuordnung des Bibliothekwesens. In Zusammenfassung verschiedener kleinerer Bibliotheken ist eine einheitliche städtische Bibliothek im Laufe der Karlsruher Straße 21 errichtet worden. Die bildende Kunst erfreut seitens der Stadt Förderung durch zahlreiche Stipendien an Bildhauer und Maler und Bilderrückkäufe. Die finanziell bedeutungsvollste Sandlung der Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Kulturförderung war aber wohl der Abschluß des Vertrages über die Beteiligung der Stadt am Landestheater.

Und nun die Zukunft! Sie liegt hinter einem unübersichtlichen Schleier verhüllt. Niemand weiß, was kommen wird. Das eine aber wissen wir, daß schwere Gefahren und Bedrohungen und daß, wenn wir sie überwinden sollen, das deutsche Volk sich in äußerster Anstrengung seiner Kräfte zur gemeinsamen Arbeit am Wohle des Vaterlandes vereinigen muß. Möge dies in Reich, Staat und Gemeinde gelingen.

Mit allerhöchstem Bewußtsein wurde das 14. städtische Finanzprogramm des Oberbürgermeisters entgegengenommen.

Im Namen des Stadterordnetenkollegiums ergreift dessen Obmann, Dr. Fren, das Wort. Er bekennt ebenfalls der unsicheren wirtschaftlichen Lage mit ihren Verunsicherungen und begründet die Tätigkeit der Stadt auf dem Gebiete des Wohnungs- und Fürsorgewesens. Er bezweifelt, daß die Stadt dauernd die Defizite des Landeshaushalts tragen kann. Viele können heute das Theater nicht mehr besuchen, da die Preise zu hoch sind. Es müssen gewaltige Ersparnisse beim Theater gemacht werden. Weshalb das Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus muß aufstehend gesagt werden, daß das Wächnerinnenhaus dort verbleiben soll, während die anderen Abteilungen aufgegeben und in das Krankenhaus verlegt werden sollen. Redner soll den städtischen Beamten, Arbeitern, dem Stadtrat und den Bürgermeistern volle Anerkennung für ihre Tätigkeit. Er führte jedoch Klage über eine unfreundliche Behandlung auf dem Wohnungsbau. Zu wieder findet er die Grundbesitzer sowie die Verbrauchssteuer für Wein und Bier, zu hoch bezogen die Verbrauchs- und Vermögenssteuer. Umfassen obere Aufgabe müsse sein, an das Ganze zu denken und das eigene Wohl zurückstellen.

Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters verlegt sich sodann die Versammlung um 14. Uhr auf Mittwoch mittag 4 Uhr.

### Gewerkschaftliches

#### Das „Offenburger Tagblatt“ und der Bauarbeiter-

#### Verband

Die Nr. 216 des „Offenburger Tageblatt“ vom 15. September bringt unter der Überschrift „Soziale Bewegung“ einen Artikel, der einer öffentlichen Abmahnung bedarf. Es heißt da:

„Hier zitiert zur Zeit ein Schreiben, das die Unterschrift des Leiters des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Baden, des Bauleiters und Landtagsabgeordneten Horrie trägt und das folgendes besagt: Der am letzten Samstag gefällte Schlichtungsbescheid für die Löhne im Baugewerbe habe dem Deutschen Bauarbeiterverband mit einem Stundenlohn von 80 M. einen außerordentlichen Erfolg gebracht. Es sollte darum am nächsten Sonntag jeder Bauarbeiter 70 M. von seinem Lohn dem Verband der sozialen Bauverbände zur Verfügung stellen.“

In Wirklichkeit handelt es sich um ein Zirkular an die Mitglieder, das folgenden Wortlaut hatte:

1. Der Schlichtungsbescheid des Schlichtungsausschusses in Karlsruhe für Ober- und Mittelbau wurde angenommen.

2. Die Spere über das Geschäftsbüro in Hirschgasse und die Aussetzung aller Bauarbeiter ist dadurch hinfällig geworden.

3. Am in Zukunft gegen Kampfesmaßnahmen der Arbeitgeber besser gerüstet zu sein, sind die sozialen Bauarbeiter auszubauen und hinreichend mit Betriebsmitteln zu versehen. Zu diesem Zweck ist im Monat September von jedem Mitglied über 10 Jahren ein Beitrag von 70 M. und von jedem jugendlichen Mitglied ein Beitrag von 40 M. zu erheben.“

#### Landesstarbvertrag im Feilergewerbe

Im Arbeitsministerium fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des badischen Feilergewerbes statt, die zum Abschluß eines neuen Landesstarbvertrages am 1. September 1922 führten.

#### Briefkasten der Redaktion

Monatlich. M. d. Sie sind im Irrtum, der Reichsindex betrug im Monat August 70,29, der Landesindex 72,08. Es ist dies gegenüber Juli eine Steigerung von 43,4 Prozent. Zu beachten ist, daß der Index kein erschöpfendes Bild über die Teuerung darstellt.



# Theater, Kunst und Wissenschaft

## Badisches Landestheater

Neu einstudiert: „Othello“ Oper von Verdi.

Das Werk des vierundzwanzigjährigen Komponisten Er-

Die Aufführung war vorbildlich, erstklassig, — nichts ist zu

haftigkeit — dokumentierte sich wiederum das solide Können

Ein Jahr, ausgestattet mit der ganzen Dämonie dieser

Der Chor, dem manche schöne Aufgabe zugefallen war,

Der Besuch der badischen Hochschulen im Sommersemester

schwer durchzuhalten ist. Doch wie sollte es nicht bei diesen

Im Nachtrag sei noch eine letzte dienstags festgefundene

Anschließend stellte sich die neue Ballettmeisterin des

Der Besuch der badischen Hochschulen im Sommersemester

**Am Samstag, den 23. Sept. 1922,**  
abends 7/8 Uhr,  
im Saale der „Elntacht“,  
Karl Friedrichstr.

**Konzert**  
zur Feier des  
10. Stiftungsfestes.

Mitwirkende: Frau Maria v. Ernst,  
Opernsängerin am Bad. Landestheater  
und Herr Dr. Karl Reichner-Karlsruhe,  
Violine. — Musikalische Leitung: Herr  
Chormelster Otto Fell.

Anschließend:  
6010

**Fest-Ball.**  
Saalöffnung 7/8 Uhr. Konzert-  
beginn punkt 9/8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Vorverkauf bei den Mitgliedern und im  
Lokal. — Für Mitglieder an der Abend-  
kasse nur gegen Ausweis.

**Sonntag, 24. September, 11—1 Uhr,**  
im Lokal „Zum Kronenfels“

**Großer Frühshoppen**

**Residenz-Sichtspiele**  
Waldstr. 30 — Telefon 5111

Mittwoch bis einschließlich Freitag

**„Die sterbende Stadt“**

6 Akte. 5064

In den Hauptrollen:  
Friedrich Kühne, Holger Madsen.

**Badisches Landestheater.** 5710

Mittwoch, den 20. Septbr. 8<sup>1/2</sup>—9<sup>1/2</sup> Uhr. 4 180.—

Vierter Abend der Festwoche

Einmaliges Gastspiel des Herrn Fritz Krauss  
von der Staatsoper München als Tamino.

**Die Zauberflöte.**

**Aufführungen**  
**mittelalterlicher Musik**

Sonntag, den 24. Montag, den 25. Dienstag,  
den 26. September, jeweils 5 Uhr abends.

Einleitender Vortrag, Prof. Dr. W. Gurlitt, Freiburg

**Musik und Musikanschauung im**  
**Zeitalter der Gotik**

Sonntag, den 24. September, vorm. 11<sup>1/4</sup> Uhr.

Sämtliche Veranstaltungen finden in den  
altdeutschen Sälen  
der **Badischen Kunsthalle** statt.

Karten von 200.— bis 40.— Mk im Sekretariat  
der Badischen Kunsthalle und an der  
Hauptportalkasse. 5071

**Gemälde-Galerie Jansen**  
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 32, Tel. 2331.

Es haben für Sept. (Herbstwoche) neu ausgestellt:

R. Amthöller, A. Dussan, H. Eichrodt, E. Firnrohr,  
A. Gebhard, K. F. Grether, A. Luntz, E. Pfeifferlo,  
R. Strassberger, Prof. H. v. Volkmann u. and. mehr.

**Herbstpferdemarkt.** 101

Die auf Sonntag, den 24. September 1922 ange-

**Karlsruher Herbstwoche 1922**  
Sonntag,  
den 24. September,  
**Alemannisch-Pfälzischer**  
**Sonntag.**

**Vormittags 11 Uhr:** Bad. Landes-  
theater, Morgenfeier: „Die Schat-  
schur“, pfälzisch-Idyll von Maler Müller

**Nachmittags 3—6 Uhr:** Festhalle: Volks-  
tänze, ausgeführt von den „Hambachern

**Nachmittags 4—8 Uhr:** Stadt- und Tier-  
garten: „Ein Herbsttag an der Haard“,  
pfälzisches Volkstext.

**Nachmittags 5 Uhr:** Bad. Landestheater,  
„Tristan und Isolde“ von Rich. Wagner.

**Abends 8—1 Uhr:** Festhalle: „Alemannisch-  
Pfälzischer Abend“ (mit szenischer Auf-  
führung und badischen Trachtenbildern).

**Abends 7 Uhr:** Konzerthaus: „Liseleut  
von der Pfalz“, Lustspiel.

Näheres: Sonderanzeigen und Sonder-  
programm.

Wir laden die verehrl. Einwohnerschaft  
zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen  
zu Ehren unserer Festwoche aus den  
Pfalz, dem Saarlande u. dem Alemannen-  
lande hierdurch ein und bitten sie, zum  
Zeichen des Willkommen die Häuser zu  
beflaggen.

**Verkehrsverein Karlsruhe,**  
**Pfälzer Waldverein, Ortsgr. Karlsruhe,**  
**Verein der Rheinpfälzer.**

**In der städtischen Festhalle**  
nachmittags 3—6 Uhr: Pfälzer-Nach-  
mittag, Musik- und Gesangsvorträge  
(Karlsruher Liederkreis), Prolog, An-  
sprache des Oberbürgermeisters, Rezi-  
tationen in Pfälzer Mundart, Pfälzer  
Volkslieder (Hambach).

Zum Schluß: Tanzunterhaltung.

**Abends 8—1 Uhr:**  
**„Alemannischer Abend“.**

Musik, Gesang (Karlsruher Liederkreis),  
Ansprache des Herrn Stadtpfarrers  
Hindelang, Rezitationen in alemannischer  
Mundart, szenische Aufführung: „Die  
Feuerscheue“, eine tröstliche Dorf-  
geschichte von F. Hindelang, Trachten-  
bilder aus dem alemannischen Volksleben  
u. a. m. Zum Schluß: Tanzunterhaltung.

**Eintritt:** Nachmittags und abends je 20. M.  
(einschl. Steuer). Programm je 3. M. Ein-  
gang: nachmittags und abends Kleider-  
ablagen West- u. Ostseits der Festhalle.

**Kartenvorverkauf:** Verkehrsverein,  
Kaiserstr. 138, (wobei auch freiwillige  
Geldbeiträge für die Herbstwoche an-  
genommen werden) und Schalterkassen  
des Stadtgartens.

**Stadtgarten**  
(Stadt- u. Tiergarten) Nachmitt. 4—8 Uhr.  
**„Ein Herbsttag an der Haard“**  
(Pfälzisches Volkstext).

Musik- und Gesangsvorträge, Karlsruher  
und Pfälzer Dialektgedichten (in der  
Glashalle und im neuen Weinsaal),  
Hohstimmer-Schützenjagd, Verteilung  
des historischen „Lambacher Bockes“,  
Hannauer Trachtenkapelle, Tanz der  
Trachten u. a. m. 5081

**Eintritt** (einschl. Steuer): Stadtgarten-  
abonnenten 7. M., (Kinder 3. M.), Nicht-  
abonnenten 15. M., (Kinder 5. M.).  
Ausführliches Programm 3. M.  
Bei ganz schlechtem Wetter ausfallend.

**Gänselebern**  
werden fortwährend zu  
den allerbesten Tages-  
preisen angekauft.

G. Mees, geb. Stürmer  
Erbringerstr. 21, 2. St.

**Gänselebern**  
werden fortwährend zu  
den allerbesten Tages-  
preisen angekauft.

K. Meeser,  
Kreuzstraße 20, 2. Stod.  
Ede Karlsruherstr.

**Gänselebern**  
kauf zu höchsten Preisen  
fortwährend zu den  
allerbesten Preisen.

Karl Pfeifferlo,  
Erbringerstr. 23.

**Gänselebern**  
kauf zu höchsten Preisen  
fortwährend zu den  
allerbesten Preisen.

B. Kaiser, Kaiserstr. 14.

**Aufkauf**  
Alt-Gold-, Silber-  
gegenstände, Platin,  
Gehäufte

p. Zahn 150 M.  
und mehr

Ziegler, Adami-  
Gold-, Silber-,  
Gehäufte, Dombel-  
gegenstände,  
alte und  
brodene Hüten samt zu  
hohem Preis.

R. Wiffan, Uhrmacher,  
Ede Karl- und Neue  
Bahnhofstraße 1. 4707

**Konversations-  
legikon**

Brockhaus, 14. Auflage,  
oder Neher, 6. Auflage,  
nur wenn tadellos und  
preiswert zu tauf gelocht.  
Angebote m. äußer. Preis  
an Julius Struß,  
Pfo.heim. 1757

**la. Strickwolle**  
verkauft zu bekannt  
billigem Preis

Engmann, Kleinbrühl-  
straße 27 IV. Gedruckt von  
10—12 und 2—6 Uhr. 5071

**Anzüge, Hosan**  
gestreift und feldgrau,  
blau und Drilling,  
Sommer-Joppen  
sonst. Kleidungsstücke  
kaufen Sie billig bei

**Glotzer**  
Zähringerstraße 53a.

**Prima** 5073  
**Mostobst**

Center 300.—  
wird von 8—12 und  
2—6 Uhr abgegeben.

**G. Schöpf**  
Alter Personenbahnhof  
Kriegsstr. 7 a, Tel. 2826.

**Kaufst.** 1207 Kaufst.  
Verkauf von  
**Alt- u. Möbel**  
Neu-Möbel

Verschönerung ohne Kauf-  
zwang erwünscht.

Karl Rauch, Dreher-  
straße 3

**Goldener Ochsen**  
Kaiserstrasse 91.

Jeden Donnerstag  
**Schlachttag**  
Mittagessen  
in und außer Abonnement

**Prima spanische Weine**  
ff. Schrempf Bier.

**Schlafzimmer-Bilder**  
Preiswert. Bilder für alle Räume, Rahmen, aus  
Schäfers Kunsthandlung, Kaiserstraße 38.

**Bruchsaler Anzeigen.**

**Karten-Ausgabe**  
am Donnerstag, den 21. September 1922, an die  
Bürgerlichen L. bis einschließlich 11. 1748

Bruchsal, den 20. September 1922.  
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.  
Kartenausgabestelle.

**Upana**

**Trifarnsilbona**  
aus dem besten Rohmaterial  
aus dem besten Rohmaterial  
aus dem besten Rohmaterial

**Städtische Straßenbahn und Karlsruher Lokalbahn.**

Vorbereitend der Genehmigung durch den Bürgerausschuss treten in den  
Beförderungsbedingungen der städt. Straßenbahn mit dem 21. September 1922  
folgende Änderungen ein:

Fahr- scheine	Fahrpreishefte	Monatskarten	Schülerwochenarten	
			2 Fahrten tgl.	4 Fahrten tgl.
bis 5 Teilfahr. 10.— M.	bis 2 Teilfahrten 75.— M.	bis 3 Teilfahr. 480.— M.	bis 5 Teilfahr. 24.— M.	bis 5 Teilfahr. 30.— M.
An Sonn- u. gef. Feiertagen 12.— M.	bis 5 Teilfahrten 95.— M.	bis 6 Teilfahr. 620.— M.	über 5 Teilfahr. 30.— M.	über 5 Teilfahr. 38.— M.
über 5 Teilfahr. 15.— M.	bis 5 Teilfahrten 100.— M.	bis 9 Teilfahr. 800.— M.		
für Kinder von 6-14 Jahr. 5 M.	(8 Scheine)	ganzes Reg. 1100.— M.		

Die Preise für Schülerwochenarten werden entsprechend denen der  
Schülerwochenarten mit den entsprechenden Zuschlägen erhöht. Die Ein-  
kommengrenze, bis zu der Schülerwochenarten herausgegeben werden, wird auf  
1200.— M. monatlich erhöht.

Der Preis der Wochenarten für Kriegsbeschädigte erhöht sich auf 27.— M.  
(hierbei zählt der Kriegsbeschädigte die Hälfte, die andere Hälfte trägt die Stadt).

Die Gebühren für Befreiung von Sonderwegen erhöhen sich auf 90 M.  
für jede Teilreise, mindestens jedoch für einen Wagen 300 M. Bei Nach-  
gestellung 100 M. Zuschlag.

Die unter Geltung des Tarifs vom 23. August 1922 gelassenen Fahrpreis-  
hefte werden vorerst nicht gefündigt. hingegen verlieren die unter Geltung  
des Tarifs vom 1. Juli 1922 und 1. August 1922 abgegebenen, also die gelben  
und grauen Hefte mit Verfallsdatum 25.— M. bzw. 35.— M., die roten und  
blauen mit Verfallsdatum 35.— M. bzw. 45.— M. mit dem 30. Oktober 1922  
ihre Gültigkeit.

Im Tarif der Karlsruher Lokalbahn tritt ebenfalls am 21. September 1922  
eine Erhöhung ein. Nähere Auskunft erteilen die Stationen. 1750

Karlsruhe, den 18. September 1922.  
Städtisches Bahnamt.

**Goldener Ochsen**  
Kaiserstrasse 91.

Jeden Donnerstag  
**Schlachttag**  
Mittagessen  
in und außer Abonnement

**Prima spanische Weine**  
ff. Schrempf Bier.

**Schlafzimmer-Bilder**  
Preiswert. Bilder für alle Räume, Rahmen, aus  
Schäfers Kunsthandlung, Kaiserstraße 38.

**Bruchsaler Anzeigen.**

**Karten-Ausgabe**  
am Donnerstag, den 21. September 1922, an die  
Bürgerlichen L. bis einschließlich 11. 1748

Bruchsal, den 20. September 1922.  
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.  
Kartenausgabestelle.

**Schäferpreis für Brot und Wehl betr.**

Mit Rücksicht auf die weitere Steigerung der  
Betriebs- und sonstigen Kosten werden mit Wirkung  
vom 21. d. M. ab für den Bezirk des Kommunal-  
verbands Bruchsal-Stadt für das rationierte Brot  
und Wehl folgende Schäferpreise festgesetzt:

a. Brot  
für den großen Laib (1500 Gramm) 28.— M.  
kleinen (750 Gramm) 14.— M.

b. Wehl  
für 1 Pfund Roggenmehl 8.50 M.  
Weizenmehl 8.50 M.  
Krautermehl 10.30 M.  
(ohne Däte).

Die unterm 16. August 1922 beschlossenen  
Schäferpreise für Brot und Wehl werden außer Kraft  
treten.

Bruchsal, den 19. September 1922.  
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.  
Dr. Reiffert. 5071